

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 40 –Electronic Government

Dazu sagt der innenpolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Karl-Martin Hentschel:

Projekt gescheitert, weiter so!

Da ich nicht alles wiederholen möchte, beschränke ich mich auf ein paar Anmerkungen:

1. Auf Seite 8 wird berichtet, dass das Kabinett vor einem halben Jahr eine Arbeitsgruppe mit dem legendären Staatssekretär Schlie gebildet hat: „Diese Arbeitsgruppe klärt gegenwärtig die für die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie sehr wichtige Frage, welche Aufgaben zukünftig von welcher Stelle im Land wahrgenommen werden.“ Toll! Auf die Beantwortung dieser Frage durch Herrn Schlie wartet das Land seit zwei Jahren. Offensichtlich wurde also auch dieses Vorhaben von dem schwarzen Loch im Finanzministerium verschluckt, in dem immer mehr offene Probleme des Landes ungelöst verschwinden.

2. Auf Seite 32 wird dreieinhalb Jahre nach Abschluss der E-Government-Vereinbarung zwischen Land und Kommunen festgestellt, „dass die genannte Vereinbarung nicht den gewünschten Erfolg erbracht hat.“ Zu deutsch: Das Projekt ist gescheitert. Nun ist „eine ergänzende Ermächtigung des Landes zur Regelung einheitlicher Standards im Verordnungswege geeignet und erforderlich, das angestrebte und beschriebene Ziel zu erreichen.“ Wenn man das erst jetzt - nach 3 1/2 Jahren - merkt, dann muss man schlicht feststellen, das federführende Ministerium hat in der Projektarbeit versagt und soll jetzt zur Belohnung alles alleine bestimmen können.

1/2

3. Das Absurde an dieser Geschichte ist allerdings, dass in der Metropolregion Hamburg diese Probleme längst gelöst sind. Auf Seite 32 findet sich nun der Hinweis, die Metropolregion sei „die Keimzelle für die ebenenübergreifende Abwicklung von Dienstleistungen“. Hier werden „Modelle erprobt, die auf das ganze Land übertragen werden sollen“. Oder allgemeinverständlich: Das schleswig-holsteinische Ministerium hat versagt - man übernimmt jetzt das, was Hamburg mit den Randkreisen erarbeitet hat – und das verordnet dann das Finanzministerium für den Rest des Landes.

4. Sorgen bereitet mir der Abschnitt 5.9 „Zentrale IT-Steuerung und Finanzierung“. Da steht der schöne Satz: „Die Veranschlagung des IT-Budgets ... erfolgt zentral im Kapitel 1103.“ Meine Erfahrungen bei großen IT-Projekten zeigen: Kostenkontrolle und Effizienz sind nur möglich, wenn ich klare Budgets für die einzelnen Häuser und Abteilungen vorgebe, und diese dann in eigener Regie die für sie besten und preisgünstigsten Lösungen erarbeiten. Eine Qualitätskontrolle ist selbstverständlich sinnvoll. Aber hüten Sie sich vor einer zentralen Projektsteuerung über die Köpfe der Häuser und Kommunen hinweg. Das wäre zum Scheitern verurteilt. Denn alle Häuser und Abteilungen werden Sie mit unrealistischen Forderungen überhäufen, die jeden Kostenrahmen sprengen.

5. Mein letztes Zitat aus diesem Bericht findet sich auf Seite 35: „Die Realisierung ... wird vom Innenministerium in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und dem Finanzministerium konzipiert und umgesetzt.“ Das setzt denn dem Ganzen die Krone auf. Erst fährt man das Projekt gegen die Wand, dann zentralisiert man alles, und dann setzt man als Steuerung gleich drei Zentralen ein, die sich, wie wir gelernt haben, bis aufs Messer bekämpfen. Und am Schluss entscheidet man: Wir übernehmen dann eben die Konzepte von Hamburg.

Hier macht offensichtlich jeder, was er will, und der Ministerpräsident schaut weise lächelnd zu. Ich denke, es gibt Anlass genug, die Bericht ausführlich im Innen- und Rechtsausschuss und im Finanzausschuss zu beraten.
